

Sperrfrist: 16.00 Uhr

Katastrophen- und Bevölkerungsschutz in Schleswig-Holstein zeitgemäß aufstellen und ausstatten

Die Mitgliederversammlung des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages (SHLKT) hat sich heute (4. März 2022), intensiv mit den Lehren aus der Corona-Pandemie und der Flutkatastrophe im Ahrtal für den schleswig-holsteinischen Katastrophen- und Bevölkerungsschutz befasst. Der Mitgliederversammlung gehören neben den elf Kreispräsidentinnen und Kreispräsidenten die Landrätinnen und Landräte sowie weitere 39 Kreistagsmitglieder an.

Nach einem intensiven Austausch der Delegierten mit Frank Roselieb, Mitglied des Corona-Expertenrates der Landesregierung, und Geschäftsführender Direktor des Krisennavigator – Instituts für Krisenforschung, einer Ausgründung der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, kommt der Vorsitzende des SHLKT, Ostholsteins **Landrat Reinhard Sager** (CDU) zu folgendem Fazit: *„Die Kreise teilen ausdrücklich die Auffassung, dass Schleswig-Holstein in diesem Bereich relativ gut aufgestellt und gut durch die Pandemie gekommen ist. Dennoch muss immer geschaut werden, was noch verbessert werden kann. Daher begrüßen wir den 10-Punkte-Plan des Landes.“* Dieser müsse nun aber mit Leben gefüllt werden. *„Guter Katastrophenschutz kostet Geld: sowohl auf Landesebene, aber vor allem für die unteren Katastrophenschutzbehörden müssen die entsprechenden Ressourcen bereitgestellt werden.“*

PD Dr. Sönke E. Schulz, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des SHLKT, ergänzt: *„Hierzu gibt es bereits gute Gespräche und weiterführende Ansätze. Die entsprechenden Maßnahmen müssen aber in der nächsten Legislaturperiode intensiviert werden.“* Hierbei müssten aber einige grundlegende Fragestellungen nicht aus dem Blick geraten. *„Zutreffend empfiehlt Herr Roselieb ein noch stärkeres Bekenntnis zu den Grundprinzipien der Dezentralität, des Föderalismus und der Subsidiarität im Katastrophenmanagement.“* Es könne also nicht darum gehen, neue Strukturen auf Landesebene zu schaffen, sondern das Zusammenwirken der Ebenen im Sinne eines ganzheitlichen Katastrophenmanagements zu optimieren.

Kreistagsabgeordneter Ingo Degner (SPD), stellvertretender Vorsitzender des SHLKT, greift abschließend einen Aspekt aus der Diskussion auf: *„Deutlich ist geworden, dass Krisenbewältigung vor allem auch gute Kommunikation ist. Hier sind es gerade die Kommunalverwaltungen vor Ort, die den kurzen Draht zur Bevölkerung haben. Diese Rolle muss zukünftig gestärkt werden.“* In der Pandemie sei es oft schwierig gewesen, wenn die Kommunalverwaltungen, Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, Landräte und Landrätinnen sowie Ehrenamtliche von Entscheidungen der Landesregierung allein über Pressekonferenzen informiert wurden, aber unmittelbar im Anschluss den Bürgerinnen und Bürgern als Ansprechpartner zur Verfügung stehen müssen. *„Die von Frank Roselieb angesprochene ‚Alarmkette des Landes in die Kommunen‘ hat also nicht nur Bedeutung im ‚echten‘ Katastrophenfall, sondern auch im Kontext der kurzfristigen Veränderung von rechtlichen Rahmenbedingungen und anderem. Hier sollten wir über eine Optimierung unter Einbindung der Kommunalen Landesverbände sprechen.“*